



Was kommt nach der Bundestagswahl auf uns zu?

Von Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender der GdP

Die Wirtschaftskrise hat uns alle fest im Griff. Im Bereich der Metall- und Elektroindustrie gab es bisher – dank Kurzarbeit – bei den Stammbeschäftigten nur geringe Entlassungen. Doch die Arbeitgeber bereiten einen Kurswechsel vor, der jetzt nach der Bundestagswahl eingeläutet wird. Unsere Kolleginnen und Kollegen der IG-Metall rechnen mit einem Schub an Entlassungen.

Was betrifft uns dies, höre ich schon den einen oder anderen sagen. Es ist eigentlich ganz einfach. Zum einen werden einige von uns in ihrer Familie davon betroffen sein. Zum anderen besteht die Gefahr, dass sich durch das Gesundbeten vor den Wahlen der Blick getrübt hat und dass die Krise Auswirkungen auf die sogenannte öffentliche Hand, also die Hand, die unsere Gehälter bezahlt, hat.

Wenn ich einen Bogen weiterspanne, komme ich sehr schnell zur Dienstrechtsreform, deren Ergebnis eigentlich schon feststeht.

Besonders herausragende politische Argumente von Fachkundigen zeigen uns, worum es wirklich geht.

Der Finanzminister will Führungsämter nur noch auf Zeit vergeben. Dies stellt er in der Öffentlichkeit dar, als wäre dies die wahre, alle Probleme lösende Idee. Doch das Beamtengesetz des Landes Baden-Württemberg verfügt bereits über diese Lösungsmöglichkeit und dies nicht erst seit gestern.

Aber auch der Ministerpräsident will Änderungen, die wir schon haben, so die Veränderung der Besoldungstabelle zugunsten junger Beamter. Auch das ist noch gar nicht so lange her. Da wurden die Dienstaltersstufen abgeschafft und gestreckt und in der gestreckten Form als Leistungsstufen installiert.

Zudem gibt es seitdem die Möglichkeit, bei bestimmten Voraussetzungen



und guter Leistung den Aufstieg in den Leistungsstufen früher zu gewähren oder zu versagen. Dass das damals eingesparte Geld für Leistungszulagen verwendet werden sollte, die es nie gegeben hat, sei nur mal wieder am Rande erwähnt.

Was bedeutet also die Spiegelfechterei und warum mischt sich ständig der Finanzminister ein? Kann es sein, dass wieder einmal unter dem Deckmantel der Reform Geld auf unserem Rücken eingespart werden soll? Sind alle Umbaumaßnahmen letztendlich nur offene und verdeckte Streichaktionen und die Versprechen, dass jeder von uns unter dem Strich weder jetzt oder später weniger verdienen wird, bloße Lippenbekenntnisse?

Das, was derzeit in Sachen Dienstrechtsreform läuft, erinnert sehr an sog. Hütchenspiele, bei denen schon bekannt ist, wer als Gewinner vom Platz geht.

Das Land steckt in einer Krise, auch wenn diese bis vor Kurzem, also vor der Bundestagswahl, als fast beendet erklärt wurde. Diejenigen, die diese Krise verursacht haben, bekommen Unterstützung

vom Staat und dicke Abfindungen. Die öffentliche Hand, die diese Hilfe leisten muss, kann das Geld aber nur einmal ausgeben und deshalb muss gespart werden.

Und das kann man am einfachsten beim öffentlichen Dienst, also bei Beamten und bei Arbeitnehmern, wobei es im Tarifbereich allerdings nicht so ganz einfach ist, denn hier lautet das Zauberwort „Streik“.

Damit alles als Reform in die Geschichte eingehen kann, verkauft es die Politik via Medien als Modernisierung, Abkehr von unnötigen und längst überholten Verfahren.

Aber auch Haushaltssperren, Beförderungssperren (bei den, die nach den Taschenspielertricks in Sachen 1400er-Programm übriggeblieben sind) globale Minderausgaben und so weiter sind alte Bekannte, wenn es darum geht, die Haushaltskonsolidierung auf unserem Rücken auszutragen.

Tatsache ist, dass die Politik andere Prioritäten und auf andere Prestigeprojekte gesetzt hat und die müssen wir bezahlen. Deshalb versucht sie neue Wege z. B. in der Dienstrechtsreform zu beschreiten. Anders kommt sie halt nicht an unsere Einkommen.

Wer nun meint, dass er doch so etwas wie einen „Vertrag“ abgeschlossen hat, den muss ich enttäuschen. Die Politik ist leider keine verlässlicher Partner, um mit ihr Abkommen zu treffen. Die Liste der negativen Erfahrungen ist lang.

- Verringerung der Wochenarbeitszeit gegen Lohnerhöhung
- Dienstaltersstufen gegen Leistungsstufe – Einsparungen für Leistungsprämie
- Eintritt in den Polizeidienst mit der Zusage Ruhestand mit 60 = derzeitige Debatte

Und es gibt leider immer noch welche, die an eine Reform glauben, bei der es keine Verlierer (besonders sie nicht) geben wird.

Glauben versetzt sprichwörtlich Berge; gesehen hat dies aber noch keiner.



Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Bundestagswahlen sind gelaufen. Über das Wahlergebnis zu spekulieren wäre beim Schreiben dieses Artikels, Anfang September, wohl etwas verfrüht. Haben die Wähler klare Verhältnisse geschaffen, so dass regierungsfähige Mehrheiten vorhanden sind? Sicher sind die Verantwortlichen der im Bundestag vertretenen Parteien schon dabei, Koalitionsmöglichkeiten vorzurechnen und die ersten Gespräche laufen.

Nachdem die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2005 auf den Tiefstand von 77,7% gefallen ist, bei der Europawahl 2009 waren es nur 43,3% und selbst bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg gingen 2006 nur



53,4% der Wahlberechtigungen zur Wahl, bleibt zu hoffen, dass der Trend sich nicht nach unten fortgesetzt hat.

Die nächsten Wahlen gehen uns an. Vom 26. bis 28. April 2010 finden in Baden-Württemberg die Personalratswahlen statt und es werden die Örtlichen Personalräte bei den Direktionen und Präsidien sowie die Bezirkspersonalräte bei den Landespolizeidirektionen und der Hauptpersonalrat der Polizei im Innenministerium gewählt. Die Personalvertretungen in den Dienststellen haben die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die ihnen das Landespersonalvertretungsgesetz einräumt. Obwohl viele Beschäftigte und so mancher Dienststellenleiter das Gegenteil glauben, sind z. B. Veränderungen in der Arbeitszeitgestaltung ohne die Zustimmung des Personalrats nicht möglich. Auch beim Arbeitsschutz werden den Personalvertretungen umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt.

Bei der Gewerkschaft der Polizei laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Anfang Oktober wird der Gewerkschaftsbeirat, das höchste Gewerkschaftsgremium, zwischen den Delegiertentagen die Liste für den Hauptpersonalrat und die weitere Verfahrensweise beschließen. Zeitgleich werden in sog. Regionalkonferenzen die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirkspersonalräte aufgestellt.

Selbst an Administrativen muss bis zu den Personalratswahlen Schwerstarbeit geleistet werden. Von allen Kandidatin-

nen und Kandidaten müssen Bilder und Einverständniserklärungen eingeholt werden, es muss ein Layout für die Kandidatenvorstellungen entworfen werden, die entsprechenden Listen müssen überprüft, erstellt und rechtzeitig an die richtige Adresse gesandt werden und, und, und. Auch in dieser Zeit wird unsere GdP-Geschäftsstelle wieder fast alles für uns leisten nach dem Motto „Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger“.

Gemeinsam werden wir auf die Personalratswahlen hinarbeiten. Bereits heute wollen wir euch schon auffordern, zur Wahl zu gehen oder Briefwahl zu beantragen. Unsere GdP-Personalräte haben in der bisherigen Wahlperiode hervorragende Arbeit geleistet und so manchen Streit mit den Dienststellenleitern für uns ausgefochten. Sie haben sich für die Beschäftigten und die Dienststelle (in genau dieser Reihenfolge schreibt es das Landespersonalvertretungsgesetz vor) eingesetzt. Eine gute Wahlbeteiligung ist eine Anerkennung ihrer Arbeit und ihres Engagements.

Ach ja, und fast hätte ich die Landtagswahlen 2011 vergessen, die nach den Personalratswahlen ebenso wichtig sind. Auch da sollte jede/r Polizeibeschäftigte zur Wahl gehen. Wer den Leitartikel des GdP-Landesvorsitzenden und die GdP-Positionen gelesen hat, weiß, was von den Plänen und Versprechungen vor der letzten Wahl noch übrig ist. Darauf werden wir ständig hinweisen und sofern es uns möglich ist, auch gegensteuern.

Gute Gewerkschaftsarbeit ist die beste Werbung in eigener Sache.

WKi



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:
Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 77) 4 87 17 10
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381





Polizeiball in Ludwigsburg

Am Samstag, dem 14. November 2009, findet wieder der Landespolizeiball der GdP in Ludwigsburg im Forum am Schlosspark statt.

Informationen bzgl. des VVK sind bei der GdP-Geschäftsstelle in Eberdingen-Hochdorf oder bei der Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Ludwigsburg unter Karen.Seiter@polizei.bwl.de zu bekommen.

Was ist los in der Bepo?

Wieder einmal gibt es ein neues Ausbildungskonzept innerhalb der Bereitschaftspolizei. Grundsätzlich gibt es daran auch nichts zu bemängeln.

Oder doch???

Eines fiel der JUNGEN GRUPPE auf – die Quote der „Durchfaller“/der Nichtbesteher erscheint im Vergleich zu Vorjahren zu hoch.

So sollen allein in der Bepo in Lahr 15 junge Menschen den ersten Ausbildungsabschnitt nicht erfolgreich bestanden haben.

Woran es lag?

1. am Diktat
2. am SHT – „Situatives Handlungstraining“

Werden die jungen Menschen hier richtig auf die sogenannten K.o.-Fächer vorbereitet?

Stimmt es, dass Übungsdiktate nicht von Lehrern kontrolliert werden?

Gibt es keinen einheitlichen Fremdwörtertest?

Im SHT werden „reale“ Fälle nachgespielt. Am Ende des Grundkurses 1 (bei alter Ausbildung Ende des Gk2) erfolgt eine solche Prüfung, die bestanden werden muss, sonst muss man nochmals von vorne beginnen. Jedoch gibt es nicht nur einen Praxisteil sondern nach der Prüfung wird man noch rechtlich, taktisch und psychologisch befragt. Nur mit dieser bestandenen Prüfung kommt man ins Praktikum.

Stimmt es, dass hier die Prüfer nur teilweise den Auszubildenden bekannt sind und sich somit nicht für alle die gleiche Chance ergibt?

Wer entscheidet hier über die Wichtigkeit?

Stimmt es, dass zu sehr auf Kleinigkeiten Wert gelegt wird bzw. die Prüfer irrelevant darauf beharren?

Dann stellt sich für die JUNGE GRUPPE die Frage, was machen die „Durchfaller“ 41 Stunden (12 Stunden mehr als die Polizeischüler), die nicht fürs Praktikum zugelassen werden?

Wir hörten von Gartenarbeit, Helfern auf den Geschäftsstellen, der Kleiderausgabe und für Botengänge. Aber das kann



Die Autorinnen Karen Seiter und Melanie Nehls vom Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE

es doch auch nicht sein. Die jungen Menschen werden im Grunde ein halbes Jahr nicht gebraucht; müssen mit mehr oder weniger sinnvollen Tätigkeiten die Zeit totschlagen, um dann noch mal ganz von vorne anzufangen. Wo bleibt hier der Polizeibezug oder die Hilfe, damit die jungen Menschen besser ins neue Ausbildungsjahr starten?

Warum dürfen die „Durchfaller“ nicht in allen Abteilungen die Wache übernehmen. Hier würden die jungen Kollegen die Ansprache/Kontrolle fremder Personen, Kontrollen, Umgang der Technik (ähnlich wie bei Wachtischen in Revieren) lernen?

Wir fordern Alternativen und wir fordern Antworten!

Woran liegt es tatsächlich, dass die Quote der Durchfaller so hoch ist?

Wie kann künftig verhindert werden, dass junge Menschen ein halbes Jahr unnütz vergeuden? Muss etwas am Lehrplan geändert werden?

Sind die Einstellungsvoraussetzungen zu lasch?

Wie kann man die jungen Kollegen einsetzen, so dass es einen Polizeibezug gibt?

Einladung zur Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Stuttgart PP

Die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe PP Stuttgart, lädt ihre Mitglieder am Mittwoch, 28. 10. 2009, 14.00 Uhr, in das Restaurant „Blick Solitude“, Solitudestraße 121, 70499 Stuttgart-Wolfbusch Telefon 07 11/86 56 72, zur Jahreshauptversammlung ein.

Geplant ist ein interessantes Programm mit Herrn Polizeipräsident Siegfried Stumpf, unserem Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner, Wahlen, Verabschiedungen und Ehrungen. Auf alle teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen wartet ein kleines Präsent.

Wichtiges aus der Redaktion

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen. Bitte alle Artikel, die in der GdP digit@l oder in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im November ist Montag, der 12. Oktober 2009, und für die Dezember-Ausgabe Montag, der 9. November 2009.

WKI



Der Mensch steht für und wir stehen



Gewerkschaft der Polizei

Innere Sicherheit ist kein Spielball der jeweiligen Haushaltslage. Innere Sicherheit ist ein „Grundrecht“ der Bürgerinnen und Bürger. Aufgrund historischer Fehlentscheidungen und der einhergehenden Stellenstreichungen ist die Polizei des Landes allerdings bald nicht mehr in der Lage, diese zu gewährleisten.

Sicherheit ist auch ein „Wirtschaftsfaktor“ und darf nicht von der Kasenslage des Landes oder Kommunen abhängig oder nur für einen bestimmten Personenkreis erschwinglich sein.

Die Polizei des Landes Baden-Württemberg muss strukturell und personell in die Lage versetzt werden, um den stetig steigenden Aufgaben gerecht werden zu können.

Dazu fordern wir:

☀ Die Gesamtstärke der Polizei des Landes (Vollzug, Verwaltung und Nichtvollzug) gehört mindestens auf dem Stand 31. Dezember 2008 eingefroren.

☀ Weitere Stellenstreichungen sind zu verhindern.

☀ Die Nachwuchsförderung muss zahlenmäßig und qualitativ der zukünftigen Aufgabenstellung angeglichen werden. Das sogenannte 800er-Programm, also pro Jahr 800 Neueinstellungen, ist wichtig und richtig – hätte aber schon viel

früher kommen müssen und muss dringend aufgestockt werden. Erfahrungsgemäß werden diese Einstellungszahlen nicht einmal ausreichen, um die Abgänge durch Pensionierung zu kompensieren.

☀ Schaffung eines Stellenpools für Stellen von Kolleginnen und Kollegen, die sich in Erziehungsurlaub etc. befinden.

☀ Die einjährige Stellenbesetzungssperre im Nichtvollzug ist aufzuheben. Das Ende der Effizienzrendite ist zwar faktisch geregelt, aber tatsächlich für weitere zwölf Monate ohne Wirkung.

Gerechte Behandlung, Bewertung und Bezahlung

Der Polizeiberuf ist hinsichtlich Belastung, Verantwortung und Tragweite einzigartig. Insbesondere die Tätigkeit im Streifen- und Ermittlungsdienst sowie die Führungsaufgaben sind uneingeschränkt dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen. Hierzu fordern wir:

Die Besoldungsgruppe A 7 im Operativen Dienst ist abzuschaffen, da sie in keinsten Weise der Aufgabenvielfalt einer modernen Polizei gerecht wird.

Das 1400er-Programm ist umzusetzen. Wer 1400 Beförderungen verspricht, muss auch dafür sorgen, dass diese umgesetzt und nicht durch haushaltstechnische Taschenspielertricks umgangen werden.

Die Bewertung und Bezahlung der **Führungskräfte in der Polizei des Landes** sind der tatsächlichen Verantwortung anzupassen.

Die bereits seit der letzten Legislaturperiode zugesagten **Schlüsselungen** im gehobenen und höheren Dienst sind zu vollziehen.

Die **Tarifbeschäftigten** bei der Polizei müssen ausreichend qualifiziert und leistungsgerecht bezahlt werden; die hierzu erforderlichen Stellen sind zu schaffen.

Leistungsmerkmale sind klar und deutlich definiert und auch tatsächlich anwendbar. Eine Durchschlüsselung bietet auch oder gerade bei Beachtung des gesetzlich verankerten Leistungsgrundsatzes ausreichend Beförderungsmöglichkeiten.

Langfristig muss das Ziel der **Zweigeteilten Laufbahn**, das bedeutet, dass der Polizeiberuf dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen ist, angestrebt werden.



uns im Mittelpunkt ... sehen für ...

Arbeitszeit, Lebensarbeitszeit und Arbeitsschutz

Das Dienst- und Treueverhältnis zwischen Beamten und Dienstherrn regelt die Rechte und Pflichten der „Vertragspartner“ klar und eindeutig und begründet ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis.

Die anstehende Dienstrechtsreform verbietet daher jede Art von Experimenten. Eine einseitige Vertragsänderung, wie z. B. die Anhebung der Altersgrenze, verbietet sich daher schon von selbst, daran ändert auch eine angespannte Haushaltslage nichts.

Gesundheitsfürsorge ist für jeden Arbeitgeber verpflichtend und darf nicht nur in Sonntagsreden vorkommen. Die europäischen Vorgaben lassen diesbezüglich keinerlei Spielraum.

Der Mensch ist das Maß der Dinge. Das Wohl der Beschäftigten steht über der dienstlichen Notwendigkeit, daher haben sich Arbeitszeitregelungen an den geltenden europäischen Richtlinien zu orientieren.

Flexible Arbeitszeitmodelle sind keine Personalvermehrungsmaschine. Sie müssen dem Wohl der Beschäftigten ebenso entsprechen wie den dienstlichen Erfordernissen.

Die GdP fordert einen gleitenden Übergang in den Ruhestand in Form von Altersteilzeit oder Absenkung der Wochenarbeitszeit für ältere Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst. Ziel ist es – wie auch von der Europäischen Beschäftigungsstrategie vorgegeben – die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum Eintritt in die Rente zu erhalten und zu verbessern. Grundlage für ein längeres und aktives Mitwirken der Älteren am Arbeitsprozess ist jedoch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Beschäftigung.

Für die Kolleginnen und Kollegen der Einsatzabteilungen fordern wir pro Monat mindestens ein freies Wochenende (von Freitag 00.00 Uhr bis Montag 14.00 Uhr), da die Erholungsphase auch im Kreise von Familie, Freunde und Bekannten möglich sein muss.

Die passive und aktive Schutzausstattung muss höchstmöglichem Niveau entsprechen und hat sich an den tatsächlichen Erfordernissen zu orientieren und nicht am Finanzvolumen.

Dazu gehören u. a. der turnusmäßiger Austausch der persönlich zugeteilten Schutzweste sowie ein Schutzhelm mit geeignetem Schlagstock für jede Polizistin/jeden Polizisten im operativen Dienst.

Lage- und bürgerorientierte Polizei

Mit dem Einzug der EDV hat sich die polizeiliche Arbeit von einer zahlenorientierten zu einer zahlenhörigen Polizei entwickelt und immer weiter von einer lage- und bürgerorientierten Polizei entfernt. Diesen Trend gilt es umzukehren.

Neue Steuerungselemente wie Kennzahlen, FIS, Budgetierung, Balanced Scorecard, Mitarbeiterbefragung usw. sind keine Allheilmittel, sondern lediglich geeignete Hilfsmittel, die weder fehlendes Personal noch Fach- und Sachkompetenz ersetzen können.

RSeid, WKi

Gewerkschaft der Polizei

Gründlich – deutlich – positiv

Wir sind die Gewerkschaft

- für alle Beschäftigten der Polizei Baden-Württemberg
- für alle Personengruppen
- für alle Laufbahnen
- für alle Probleme
- für Dich

**Dieser Forderungskatalog kann herausgenommen
und aufgehängt werden.**



Dienst zu Ungünstigen Zeiten (DUZ) und Zulagen gehören deutlich erhöht

Es ist schon ein Kreuz mit den Zulagen und den DUZ-Beträgen. Wer kann sich eigentlich noch daran erinnern, wann der DUZ zum letzten Mal deutlich erhöht wurde?

Es war im Jahr **1991**. Seit dieser Zeit sind die DUZ-Beträge nahezu unverändert.

Im Vergleich hierzu stiegen die Abgeordnetendiäten im Zeitraum **1995 bis 6/2009** in zehn Anpassungen um nicht nennenswerte 38%!

Wer im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform von Leistungselementen redet und für sich in Anspruch nimmt, denen, die Leistung erbringen, etwas dafür in den Geldbeutel legen zu wollen, der sollte doch einfach hier etwas tun.

Es wäre so einfach, wenn man denn wollte:

- Man müsste nur die Halbierung der Wechselschichtdienstzulage aufheben,
- der DUZ müsste deutlich erhöht werden.
- Anstelle von drei verschiedenen DUZ-Beträgen müsste nur ein einheitlicher DUZ-Betrag eingeführt werden, der als Grundlage für die weitere DUZ-Vergütung herangezogen wird.

Dieser „Grund-DUZ“ wäre „2,72 € plus X“.

Je nach Dienst gäbe es dann aus diesem Grundbetrag einen prozentualen Anteil:

Sonn- und Feiertage, 6:00 – 20:00 Uhr	100%
Werktags-Nachtdienst	100%
Wochenend- und Feiertagsnachtdienst (Nachtdienste vom Werktag auf einen Wochenend- oder Feiertag)	125%
Nachtdienste Wochenend-/Feiertag auf Werktag	125%
Weihnachten (ab 24. 12. bis 27. 12., 6:00), Silvester, Ostern	150%

• Der DUZ müsste durchweg steuerfrei ausbezahlt werden und bei den Gehalts- und Lohnerhöhungen mit einbezogen werden.

• Die Zeiten, in denen DUZ gewährt wird, müsste ausgeweitet werden und zwar auch auf Überstunden, die nach den Regeldiensten Spät-, Früh-, Nachtdienst geleistet werden.

• Die Zulagen für unsere Spezialeinheiten wie SEK und MEK müsste man deutlich erhöhen. Es gibt keinen Grund, warum Beamte der GSG 9 eine höhere Zulage erhalten wie die unseres SEK's und unserer MEK's.

• Wer sich die Einsätze unserer BFE-Einheiten anschaut, weiß, dass der Wahnsinn schon fast Normalität hat; auch hier wäre die „Belohnung“ für gute Leistung möglich, wenn man denn wollte. Eine Erhöhung der Polizeizulage für BFE-Einheiten bzw. Schaffung einer eigenen Erschwerniszulage für Angehörige der BFEen wäre hier ein geeignetes Mittel.

Da im Zuge der Dienstrechtsreform ja alles überprüft und auf Baden-Württemberg umgestellt werden muss, wäre die Neuschaffung einer Erschwerniszulagenverordnung, bei der die Erschwernisse wirklich gerecht entlohnt werden, eine tatsächliche Schaffung von messbaren Leistungskriterien.

Es kann natürlich aber auch sein, dass das alles gar nicht gewollt ist, sondern einzig und alleine auf Teufel komm raus gespart werden soll. Hierzu werden dann verrückte bis lebensfremde Regulationssysteme erfunden und gefunden, mit denen angeblich für mehr Gerechtigkeit gesorgt wird.

In Wahrheit wird lieber ein Aufwand betrieben, der – gekoppelt mit einer sehr



unpräzisen Leistungsdefinitionsdiskussion – die Beschäftigten der Polizei gefügig machen soll.

Welcher PD-Leiter würde den weiterhin klipp und klar sagen, dass er mit dem ihm zur Verfügung gestellten Personal nicht mehr auskommt, wenn hierdurch seine „PD-Leiter-Zulage“ gefährdet wäre?

Welcher Dezernatsleiter würde bei der Staatsanwaltschaft klar und offen aussprechen, dass eine schnellere Fallbearbeitung nicht möglich ist, weil er drei Leute weniger zur Verfügung hat, wenn die Leistungsprämie in Gefahr wäre?

Die Beispiele ließen sich endlos fortführen.

Fakt ist, die angedachten Leistungsanreize bzw. Leistungselemente eignen sich nicht, auch wenn es gnadenlose Verfechter dafür gibt (die immer davon ausgehen, dass Sie bei den x% sind).

Leistung aber mit vorhandenen Instrumenten zu ent- bzw. zu belohnen, nämlich mit einer griffigen Erschwerniszulagenverordnung, das ist nicht gewollt.

Wenn dann in der Diskussion Aussagen kommen, wie „Leistung muss sich halt lohnen“, ist dies nur Spott und Hohn für die, die jahrelang, tagein und tagaus, Leistung bringen.

RSeid





*Lassen Sie sich auf Weihnachten einstimmen
und genießen Sie den Advent in Vorarlberg.*

Lernen Sie Feldkirch kennen und lieben.

PROGRAMM: ● Besuch des Konzertes „Großes Adventsingen im Landeskonservatorium“ mit zahlreichen Vorarlberger, österreichische und internationalen Ensembles ● Nachtwächterführung in der Altstadt in Feldkirch ● Abendessen auf der Schattenburg ● Besuch des Feldkircher Weihnachtsmarkt
Preis pro Person im Doppelzimmer € 299, Einzelzimmerzuschlag € 50

IM REISEPREIS ENTHALTENE LEISTUNGEN: ● Fahrt mit einem modernen Reisebus ab/bis Karlsruhe über Stuttgart und Ulm nach Feldkirch (Zubringerbus nach Karlsruhe ab/bis Saarbrücken mit Zustiegmöglichkeiten in Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mannheim) ● 2 x Übernachtung/Frühstücksbüfett i. Hotel „Weisses Kreuz“, alle Zi. Bad o. Dusche/WC ● 1 x Abendessen im Hotel am Anreisetag ● Besuch des Feldkircher Weihnachtsmarkt mit Krippenausstellung, Kerzenziehen und Rahmenprogramm ● Nachtwächterführung ● Abendessen in der Schattenburg, „das legendäre Schattenburgschnitzel“ ● Eintrittskarte für das traditionelle Feldkircher Adventsingen, feierliche Einstimmung mit Bläsern, weihnachtlichen Getränken und Keksen
● PSW Reiseleitung

REISEVERLAUF: Freitag, 11. 12. 2009, Abfahrt des Busses um 09.30 Uhr in Karlsruhe. Fahrt über Stuttgart, Ulm (Zustiegmöglichkeiten) nach Feldkirch. Zimmerbezug im Hotel „Weisses Kreuz“. Zeit zur freien Verfügung. Gemeinsames Abendessen im Hotel. Samstag, 12. 12. 2009, Frühstücksbüfett im Hotel, der Vormittag steht zur freien Verfügung. Anschließend lädt der Feldkircher Weihnachtsmarkt vor der bezaubernden Kulisse der Altstadt zum Besuch ein. Hier finden Sie eine besondere Auswahl an teilweise handgefertigter Geschenke- und Dekoartikeln, sowie feinen regionalen Spezialitäten. Danach treffen Sie den Nachtwächter zu einer 1,5-stündigen Führung durch Feldkirch. Er bringt die Gruppe anschließend zur Schattenburg, wo Sie das legendäre „Schattenburgschnitzel“ essen werden. Um 20.00 Uhr beginnt das Adventsingen im Landeskonservatorium mit einer vorweihnachtlichen Einstimmung um 19.30 Uhr mit Bläsern, weihnachtlichen Getränken und Keksen. Zahlreiche Vorarlberger, österreichische und internationale Ensembles sind dabei und tragen volksmusikalische und klassische Stücke vor. Das Feldkircher Adventsingen ist eine faszinierende Klangreise durch die traditionellen Geschichten, Lieder uns Weisen im Advent.

Sonntag, 13. 12. 2009

Nach dem Frühstücksbüfett heißt es Abschied nehmen und wir treten die Heimreise an.

Mindestteilnehmer: 20 Personen

ZUBRINGERKOSTEN:

Aus Saarbrücken und Kaiserslautern € 40 (hin und zurück)

Aus Ludwigshafen und Mannheim € 30 (hin und zurück)

Mindestteilnehmer beim Transfer nach Karlsruhe

10 Personen insgesamt

Weitere Zustiegmöglichkeiten auf Anfrage

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 . 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de
info@psw-gbr.de

Zusatzurlaub für Wechselschichtdienst

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich leider vor Jahren vehement, leider aber ohne Erfolg gegen die Einführung der 41-Stunden-Woche gewehrt.

Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit belastet seither gerade die im Schichtdienst eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Sie müssen nicht nur deutlich mehr Stunden im sogenannten Wechselschichtergänzungsdienst erbringen, wodurch ihre erforderliche Regenerationszeit, die gerade im gesundheitlich besonders belastenden Schichtdienst wichtig ist, verkürzt wird.

Aufgrund des Altersaufbaus der Polizei in Baden-Württemberg werden die Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst immer älter und bis die Neueinstellungen auf den Dienststellen ankommen, wird sich die Situation noch deutlich verschlechtern, da helfen keine Talsohlenprogramme oder das Zusammenlegen von Dienststellen.

Die GdP fordert deshalb schon seit 2004 eine deutliche Verbesserung und hat dem Ministerpräsidenten und dem Innenminister einen praktikablen Vorschlag unterbreitet.

Ziel muss es sein, den im Wechselschichtdienst eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zumindest ein kleines Stück an Regenerationsmöglichkeit zu bieten.

„Gesundheitsschutz – Gesundheitsfürsorge“

Die Gesundheit ist das höchste Gut, auch das eines Polizeibeamten. Deshalb sollte alles darangesetzt werden, sie zu erhalten.

Damit die betroffenen Beschäftigten die gesundheitlich notwendigen Regenerationsphasen variabler gestalten können, sollen bis zu vier zusätzliche Urlaubstage gewährt werden.

Die GdP fordert im Rahmen der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge eine Erhöhung dieses Zusatzurlaubes.

Zudem soll bei der Gewährung die tarifvertraglich vereinbarte Regelung greifen.

Vorteile einer Sonderregelung:

- Es bedarf keiner grundsätzlichen Neuregelung. Die Sonderregelung für Schichtdienst leistende Polizeibeamte könnte durch die längst überfällige Neufassung der VwV zur AZUVO geregelt werden
- Die Berechnung des Zusatzurlaubes für im Schichtdienst eingesetzte Polizeibeamte wird vereinfacht. Die teils komplizierten Regelungen benötigen bislang Klarstellungen zu den Verfahrensweisen. Diese sind bei einfachen gesetzlichen Regelungen nicht mehr erforderlich. Damit wird auch zugleich der Forderung nach Verwaltungsvereinfachung entsprochen.
- Durch die Beibehaltung der Anfangsstundenanzahl von 110 werden keine zusätzlichen Berechtigten mit in die Regelung aufgenommen.
- Die Fortführung über 450 Nachtdienststunden entspricht der tatsächlichen Arbeitsleistung der Schichtbeamten.
- Durch die geringen Stundenabstände zwischen den Zusatzurlaubstagen ist

auch der Wegfall von geleisteten Nachtdienststunden am Ende des Kalenderjahres nicht so groß.

GdP-Vorschlag einer Neuregelung:

Der Zusatzurlaub beträgt für Beamte des Polizeivollzugsdienstes, die Wechselschichtdienst leisten, bei entsprechender Dienstleistung im Kalenderjahr

von mindestens	im Urlaubsjahr
110 Nachtdienststunden	1 Arbeitstag
180 Nachtdienststunden	2 Arbeitstage
250 Nachtdienststunden	3 Arbeitstage
320 Nachtdienststunden	4 Arbeitstage
390 Nachtdienststunden	5 Arbeitstage
460 Nachtdienststunden	6 Arbeitstage
530 Nachtdienststunden	7 Arbeitstage
600 Nachtdienststunden	8 Arbeitstage

Unser Vorschlag wäre eine Möglichkeit, Leistung entsprechend zu honorieren, wenn man es wirklich ernst damit meint. **RSeid**

DIE GdP GRATULIERT HERZLICH

zur Beförderung zum/zur

POLIZEIOBERMEISTER/IN

Böblingen: Luisa Günther, Miriam Stahl. Freudenstadt: Ramazan Tarcan. Main-Tauber: Kai-Uwe Schreiber

POLIZEIHAUPTMEISTER

Main-Tauber: Stefan Grein

POLIZEIKOMMISSAR

Tübingen PD: Robin Damast

ES TRATEN IN DEN RUHESTAND

Akademie der Polizei BW: Friedemann Haerdle. Göppingen PD: Wolfgang Stier. Karlsruhe PP: Bernd Treuheit. Lörrach: Bernd Münkel. Ludwigsburg: Helmut Ergenzinger. Rems-Murr-Kreis: Wolfgang Lehle. Reutlingen: Siegfried Handel, Knut Lange. Schwäbisch Hall: Josef Bühler. Villingen-Schwenningen: Karl Maschek. Zollernalbkreis: Werner Laube.

Wir bitten um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Kreisgruppe gemeldet wurden.

Zusammengestellt v. A. Burckhardt

